

Vergleich der Inhalte der Parteiprogramme zur Europa-Wahl 2009 in Hinblick auf die Forderungen der Initiative für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie (Aussagen der Parteien werden teilweise zitiert)

Unser Forderungen	CDU	SPD	Die Linke	Bündnis 90 der Grünen	FDP	Tierschutz partei	ödp
sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie	nein Ausbau regenerativer Energien in Europa auf 20%	nein „Europaweit werben wir daher für unser Modell des Atomausstiegs zugunsten der Förderung regenerativer Energien.“	ja unverzögerlicher und unumkehrbarer Ausstieg aus der Atomwirtschaft	nein Sie sind für den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie, legen jedoch kein Ausstiegsdatum fest.	nein keine Aussage	ja umgehender Ausstieg	nein „...schnellstmöglicher Ausstieg aus der Kernenergie...“, „... maximaler Ausbau der erneuerbaren Energien.“
Reduzierung der Rüstungsausgaben	nein „Wir wollen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der europ. Union ausbauen.“	„Abrüstung als Priorität europäischer Politik verankern!“ Diese Aussage steht im Gegensatz zu der Formulierung im EU-Vertrag „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre Rüstung stetig zu verbessern.“ Der EU-Vertrag wurde von der SPD mehrheitlich mitgetragen.	ja „Abrüstung und Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion. muss auf die Agenda europäische Politik. Anstelle der Aufrüstung im Lissabon-Vertrag fordern sie die sogenannte europäische Verteidigungsagentur durch europäische Abrüstungsagentur zu ersetzen.“	nein haben sich dazu nicht geäußert, sie haben jedoch dem EU-Vertrag zugestimmt, in dem die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, ihre Rüstung stetig zu verbessern.	„Europa muss sein politisches Gewicht für eine neue Abrüstungspolitik in die Waagschale werfen.“ Diese Aussage steht im Gegensatz zu der Formulierung im EU-Vertrag „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre Rüstung stetig zu verbessern.“, dem die FDP mehrheitlich zugestimmt hat.	ja	ja „Rüstungsexporte, Lizenzvergaben für die Herstellung von Waffen sind für den Handel (ausgenommen innerhalb der Nato oder unter Mandat der vereinten Nationen) zu untersagen. Alle ABC- und völkerrechtswidrige Waffen sind unter der Kontrolle der vereinten Nationen abzubauen mit dem Ziel ihrer Ächtung und ihres Verbots. Weltraumwaffen dürfen nicht entwickelt oder stationiert werden.“

Unser Forderungen	CDU	SPD	Die Linke	Bündnis 90 der Grünen	FDP	Tierschutz partei	ödp
Verbot der Gentechnik in der Landwirtschaft	nein keine Aussage	nein keine Aussage	ja lehnen den Anbau von genmanipulierten Pflanzen ab. „Bis ein Verbot gentechnischer Pflanzen durchgesetzt ist, muss eine lückenlose Kennzeichnung gentechnischer Produkte eingeführt werden.“	nein Sie wollen das Recht gesetzlich komplett gentechnikfrei auch für regionale Körperschaften durchsetzen. Sie unterstützen die Bewegung gentechnikfreier Zonen.	nein „Grüne Gentechnik, Anwendung gentechnischer Verfahren in der Landwirtschaft mit dem Ziel Kulturpflanzen mit Hilfe gezielter Übertragung einzelner Gene neue Eigenschaften zu vermitteln und sie dadurch effizienter zu machen (z.B. Mais, Raps, Sojabonen, Baumwolle).“	ja	ja „Einführung eines EU-weiten Verbots des Freilandanbaus genmanipulierter Pflanzen.“
Verbot der Massentierhaltung	nein keine Aussage	nein keine Aussage	ja	nein tieregerechte Haltung muss gefördert werden	nein keine Aussage	ja	ja
Reduzierung von Chemikalien in der Umwelt	nein keine Aussage	nein keine Aussage	ja „Die Produktion und Vermarktung von allen Stoffen die krebserregend oder erbgutschädigend sind bzw. sich in Mensch oder Umwelt dauerhaft anreichern, ist einzustellen.“	ja	nein keine Aussage	ja	ja